

Danziger Volksstimme

Eingelnummer 200 Mk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M.
In Danzig 8000 M. poln. Anzeigen: Die ge-
haltene Zeile 400 M., auswärts 600 M. Die Reklame-
zeile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 99

Sonnabend, den 28. April 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druck s. 3290.

Frankreich verlangt Aufgabe des passiven Widerstandes.

Nachdem in der letzten Zeit die Aussichten auf eine baldige Beendigung des Ruhrkampfes gestiegen waren, kommt aus Frankreich eine Meldung, die eine ernste Bedrohung der nahen Friedensverhandlungen darstellt. Die französische Regierung hat beschlossen, durch ihre diplomatischen Vertreter in den verbündeten Hauptstädten erklären zu lassen, daß sie nicht in Verhandlungen mit Deutschland eintreten werde, solange der „passive Widerstand fortdauere.“

Der „Temps“ bestätigt, daß die französische Regierung entschlossen sei, die Zurückziehung der im Sinne des passiven Widerstandes ergangenen deutschen Maßnahmen und Verordnungen usw. zu verlangen, bevor sie sich in Verhandlungen einläßt. Das Blatt schreibt: Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die französische Regierung nicht auf ihre Auffassung verzichten wird; sie wird kein deutsches Angebot in Betracht ziehen, so lange der passive Widerstand andauert. Die Vertreter Frankreichs in den auswärtigen Hauptstädten werden davon unterrichtet werden.

Hierzu schreibt die „Voss. Zeitung“: Selbst wenn die deutsche Regierung die Vorschriften über den passiven Widerstand zurückzöge, wäre damit nichts erreicht als vermehrte Verwirrung, denn der Widerstand ist aus der Bevölkerung selbst hervorgegangen, und seine Hauptträger sind die breiten Massen der Arbeiterschaft. Die Parole, den passiven Widerstand auch nur vorübergehend aufzugeben, würde die Widerstandskraft der besonnenen Mehrheit der Arbeiter gegen die kommunistischen Agitationen in gefährlichem Maße vermindern, und die Elemente der Zerstörung würden die Oberhand gewinnen. Auch der „Vorwärts“ urteilt in gleicher Weise: Die Suspension des passiven Widerstandes würde höchstens dazu führen, daß er schärfere und wildere Formen annimmt. Keine deutsche Regierung kann durch einen Akt den passiven Widerstand zum Aufhören bringen, das kann nur Frankreich durch Zurückziehung seiner Truppen. — Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erklärt: Der Verzicht auf den passiven Widerstand kann nicht eher eintreten, bevor nicht die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt habe, oder bevor nicht wenigstens die deutschen Unterhändler von ihrem ausschließlichen Verlauf überzeugt sind. Die deutsche Arbeiterschaft würde ihre Verhandlungsposition schwächen, wenn sie ihre einzige Waffe, den passiven Widerstand aufgibt. Sie wäre dann auf Gnade oder Ungnade den Bajonetten ausgeliefert. Ihr bisheriger Kampf gegen den Militarismus, der bald vier Monate dauert, wäre umsonst geführt, und sie müßte, um nicht zu verelenden, schließlich dennoch unter Bajonetten arbeiten.

Das Reichskabinett wird sich heute mit dem deutschen Reparationsangebot, das in seiner vorläufigen Fassung fertiggestellt ist, beschäftigen. Am Sonntag sollen die Parteiführer über den Inhalt des Angebots unterrichtet werden. Falls „Tagblatt“ dürfte auf die Einberufung des auswärtigen Ausschusses verzichtet werden. Falls keine Verzögerung eintritt, könnte die Abnahme der Note an die Alliierten Dienstag oder spätestens Mittwoch erfolgen.

Völlige Abschneidung des besetzten Gebietes.

Nach einer Savasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, den Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem nichtbesetzten Deutschland für alle Personen zu verbieten, die nicht mit einem von alliierten Behörden ongestellten Passierschein versehen sind.

Der Provinzdelegierte der Rheinpfalz hat eine Verordnung erlassen, nach der mit Wirkung vom 28. April, Mitternacht ab, der Verkehr sämtlicher Postautofahrer einzuhalten ist. Die Verordnung bezieht sich auf das gesamte Gebiet der Pfalz.

Entmilitarisierung der Schupo gefordert.

Die alliierten Regierungen haben Deutschland eine Note übermittelt, in der es heißt: Nach den von der deutschen Regierung für die Reorganisation der deutschen Polizei am 11. September 1922 vorgelegten Vor-

schlägen würde die Polizei eine zentralisierte Organisation von wesentlich militärischem Charakter bleiben, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages und der Note von Vologne, in welcher die alliierten Regierungen die Erlaubnis zur Heraushebung des Effektivebestandes der Ordnungspolizei von 92 000 auf 150 000 Mann mit dem ausdrücklichen Hinzufügen erteilen, daß die Ordnungspolizei ihren Charakter einer regionalen und munitipalen Organisation bewahren. Die Polizei sollte keine zentrale Organisation erhalten und lediglich mit einer Bewaffnung ausgestattet werden, die ihrer Rolle entsprach. Die deutsche Regierung hat wohl die Sicherheitspolizei aufgelöst, aber eine Staatspolizei geschaffen, nämlich die Schutzpolizei, in welcher die Sicherheitspolizei mit ihrer Or-

Vergiß es nicht!

daß ein vierjähriger Krieg dich, deine Familie und deine Mitmenschen durch Not und Tod in größtes Elend gebracht hat!

Denke daran!

daß die Unternehmer drauß und dranh sind, deine Lebenslage noch mehr zu verschlechtern durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung!

Kämpfe darum!

Für Völkerverständigung!

Für Achtundtag!

Für sozialen Fortschritt!

Gegen die Randpolitik des Senats!

Daß am 1. Mai die Arbeit ruhen!

Zeige der Welt den einheitlichen Kampfeswillen!

ganisation ihrer militärischen Einteilung usw. aufrechterhalten würde. Die deutschen Vorschläge vom 11. September 1922 könnten hiernach nicht angenommen werden. Die von der deutschen Regierung erbetenen Zugeständnisse hinsichtlich Verteilung, Ausstattung wichtiger Städte mit Staatspolizei usw. würden nicht in Erwägung gezogen werden können, ehe nicht die Polizei auf folgender Grundlage umgestaltet würde: 1. Die Organisation der Polizei in Gruppierungen militärischer Natur hört auf. 2. Die militärische Einteilung der Polizei verschwindet. 3. Der Unterricht der Polizeibeamten hört auf ein militärischer Gesamtunterricht zu sein. 4. Ein Statut, das aus dem Personal der Polizei ein wirkliches Beamtenpersonal macht, tritt an die Stelle des jetzigen Statuts, auf Grund dessen zwischen dem Stand eines Polizeibeamten und demjenigen eines Angehörigen der Reichswehr kein realer Unterschied besteht. — Die entsprechenden Maßnahmen sind zu treffen, nachdem sie von der Kontrollkommission gutgeheißen sind.

Nationalsozialistische Schießereien in München.

Donnerstagabend kam es, wie die „Münchener Post“ meldet, zu schweren Zusammenstößen zwischen Jungsozialisten und Hakenkreuzlern. Die Jungsozialistengruppe Neuhäuser hatte in der Gastwirtschaft „Zur Volkshalle“ ihren regelmäßigen Jungsozialistenabend. Gegen 9 Uhr rückte ein Zug Nationalsozialisten gegen die Wirtschaft vor. Sie wollten unbedingt in die Wirtschaft eindringen, um dort, wie sie sagten, alles kurz und klein zu hauen und das Nest einmal auszuräumen. Schließlich kamen einige Schutzleute, die bei der bedrohlichen Situation sofort durch Signale Verstärkungen herbeiriefen. Die Nationalsozialisten schwärmten in Straßenbreite aus und legten sich schubbereit auf den Boden. Sie gaben von ihrer Stellung aus planlos auf die vor der Wirtschaft Stehenden, darunter die Schutzmannschaft, etwa 30 scharfe Schüsse ab. Dabei wurde einer der Jungsozialisten am Unterschenkel schwer verletzt, ein anderer durch drei schwere Schüsse im Rücken und die Lunge verwundet. Als die Polizisten aufgefordert wurden, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, gaben sie zur Antwort: „Wir dürfen ja nicht schießen.“

Die „Münchener Post“ schreibt, der Überfall sei von den Hakenkreuzlern planmäßig vorbereitet und organisiert worden. Das sei also der erste offene Straßenkampf in München gewesen. Von der

„Münchener Zeitung“ wird zur gleichen Angelegenheit gemeldet, daß im Verlaufe des Streites etwa zehn Schüsse abgegeben wurden und daß vier Personen so schwer verletzt wurden, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Ein 48jähriger Schmiedegeselle erhielt eine Stichverletzung, ein 33jähriger Schlosser einen Hieb auf den Kopf und eine Schußverletzung am rechten Fuß, während ein Schreiner und ein Friseurgehilfe leichtere Verletzungen hatten. Am Schluß waren an dem Kampfe etwa 400 Personen beteiligt.

Ende des irischen Bürgerkrieges.

Das Hauptquartier der irischen Rebellen hat für gestern abend die allgemeine Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet.

Damit dürfte der blutige Bürgerkrieg in Irland sein Ende erreicht haben. Während früher der Kampf der Irländer gegen England ging, das dieses Land schwer unterdrückte, war seit Jahresfrist ein heftiger Kampf zwischen den irischen Verständigungspolitikern, die sich mit der irischen Selbstverwaltung zufrieden gaben, und den unversöhnlichen Republikanern entbrannt, die ein von England völlig unabhängiges Irland erstrebten. Die große Masse der irischen Bevölkerung war aber des langen Kampfes müde und unterstützte die gemäßigte Freistaatsregierung, so daß die Unversöhnlichen eine Niederlage nach der anderen erlitten.

Der große Patriot.

Von Jakob Altmayer.

Der Dollar ist in den letzten Tagen auf 80 000 Mark emporgeschnellt; die Preise für die wichtigsten Lebensmittel folgten ihm auf dem Fuße. Die neue Marktentwertung ist in der Hauptsache auf die Manipulation eines großen Industrieunternehmens zurückzuführen, an dessen Spitze Herr Stinnes steht.

Vor Monaten lang in einem Berliner Kabarett ein humoristischer Dred auf Stinnes, daß bei jedem Vers mit dem Refrain schloß: „Hugo, wo hast du wieder deine Finger drin?“ Wir wissen, daß sie der glänzende und gerissene Geschäftsmann überall drin hat, in den Bergwerken, Fabriken, Schiffahrtsgesellschaften, Banken und Wäldern, in der Börse, in den Kaffeehäusern und auf allen Märkten des In- und Auslandes. Zu seinem eigenen Ruhm und Frommen und zum Schaden des deutschen Landes und Volkes hat aber auch Herr Hugo Stinnes seine Finger dort, wo er sie zu allererst drin haben dürfte: in den Telegraphenbüros, in den Zeitungen, in den Parlamenten — in der Politik. Stinnes, Stinnes über alles! So solches klingt, kann kein Deutschland gedeihen.

In einer der von dem „Hörertönig“ noch nicht gekauften Zeitungen, im „Tagebuch“, grüßt zur rechten Zeit der Großindustrielle und frühere Adjutant des Kronprinzen, Arnold Reehberg, Erinnerungen aus dem Weltkrieg aus. Sie verdienen, aus greller Tageslicht gezogen zu werden, um als Waffe zu dienen in dem Kampf zwischen Staat und Wirtschaft, der nach dem Ruhrkrieg zur Entscheidung gebracht werden muß. Es sind keine Enthüllungen, die Reehberg gibt. Fest aber, wo wieder Volkshohlekehren gefällig sind, muß sich das Volk dreimal an das unheilvolle Wirken derer erinnern, die im Kriege „Vaterland“ schrien und den Geldbeutel meinten, und denen am Friedensvertrag von Versailles nur die eine Tatsache nicht gefiel: daß er von Hoch und nicht von Endenroth diktiert worden ist.

Reehberg erinnert an die Worte des verstorbenen Generalkommandanten Daele, der schon nach dem Verlust der Marne Schlacht im September 1914 den militärischen Sieg Deutschlands als aussichtslos, den Verständigungsfrieden aber als einzigen Gewinn bezeichnet hatte. Damals streuten deutsche Schwerindustrielle ihre Hand nach Belgien und nach den Erzgebieten Nordfrankreichs aus. Ihr politischer Führer wurde mehr und mehr Hugo Stinnes. Diese Annexionsabsichten waren aber nur durch den völligen Sieg über Frankreich und England zu erreichen gewesen, und es mußte sich bald ein Abgrund auftun zwischen der verständigungsführenden Politik Reehmann-Hollwegs und Herrn Stinnes. Selbstverständlich brauchte die Schwerindustrie für ihre Annexionspläne Hilfe. Sie fand sie zunächst in dem Chef der Propagandaabteilung des Großen Hauptquartiers, dem Obersten Bauer. Einflußreiche Zeitungen und Abgeordnete stellten sich ein, Hindenburg und Ludendorff wurden gewonnen, die Wählerarbeit gegen den Reichstagsler begann.

Am 10. Juli 1915 schreibt Stinnes einen Brief an die verantwortlichen Stellen und verlangt die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele. Dazu bemerkt Reehberg, daß durch die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele die Propagierung von Annexionsplänen möglich, die Einigkeit des Volkes gesprengt und den Gegnern Deutschlands eine furchtbare Waffe in die Hände gegeben wurde. Die Gegenströmung aber, so möchten wir hier einschalten, war schwach, da sie durch die Sentimentalität mit allen Mitteln unterdrückt wurde. Stinnes aber, der uneigenmütige Patriot, sagt in seinem Brief: „Selbst der einfachste Mann ist entrüstet, wenn man auch nur im entferntesten andeutet, daß etwa Belgien wieder herausgegeben werden könne.“

Dies wird Reehbergs Artikel, der Hindenburg und Ludendorff einschuldigen will, sie hätten sich nicht um Politik kümmern und den Schwerindustriellen glauben müssen, zu einer furchtbaren Anklage gegen seine Schillinge: zwar habe der General Hoffmann schon frühzeitig geäußert, wenn es nicht gelänge, bis zum Frühjahr 1918 den Frieden zu erreichen, Deutschland dem Zusammenbruch verfallen wäre. Hindenburg aber kamre das Ausmaß und die Tragweite

[illegible]

— „Die haben Sie fast“
— „Ich hab' Sie abgemessen“ verlegte Florian,
der in dem Moment die Hände im Rocktasche vergrub.
Niederknien tat er

